

# 25. RUNDBRIEF GEGEN DIE FOLTER

THEMENKOORDINATIONSGRUPPE GEGEN DIE FOLTER

EXTERN 1/2013

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## MEINUNGSFREIHEIT!

WIE STAATEN SYSTEMATISCH DIE GRUNDRECHTE BESCHNEIDEN

### RADIO AFRICA

GUTER JOURNALISMUS IN EINEM FEINDLICHEM UMFELD

S. 7

### INSZENIERTE BEDROHUNG

INTERVIEW MIT DR. MAJA BÄCHLER ÜBER DEN AUSNAHMEZUSTAND IM FILM

S. 21



# ZWISCHEN GUT UND BÖSE

## FOLTER IM ZEITALTER DER AUFKLÄRUNG

von Smail RAPIC

Zu den Kernforderungen der Aufklärung gehörte eine Reform des Strafrechts, hierbei stand die Abschaffung der Folter an erster Stelle. Als in Frankreich nach der Revolution von 1789 eine Verfassung ausgearbeitet wurde, die zum ersten Mal in der europäischen Geschichte Menschenrechtsartikel enthielt, leitete das Justizministerium die Beschwerden der Bevölkerung über die herrschende Strafpraxis an die verfassungsgebende Versammlung weiter: „Die Strafen sollen maßvoll und den Vergehen angemessen sein; [...] und die der Menschlichkeit ins Gesicht schlagenden Martern sollen abgeschafft werden.“<sup>1</sup>

Dieses Anliegen ist inzwischen in die Verfassungen und Strafgesetzbücher fast aller Staaten eingegangen. Dennoch dokumentiert Amnesty International Jahr für Jahr in über 80 Ländern Fälle von Folter bzw. Misshandlung. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

### STRAFEN ZUR ABSCHRECKUNG

Den von der Aufklärung angestoßenen Justizreformen lag ein neues Verständnis der Strafe zugrunde. In den traditionellen, religiös geprägten Gesellschaften wurde die Strafe als Sühne aufgefasst, mit der die vom Straftäter gestörte Weltordnung

wiederhergestellt werden sollte. Der staatliche Souverän trat als Stellvertreter einer göttlichen Autorität auf. Die Aufklärung verlangte demgegenüber die klare Trennung von Staat und Religion. In ihrer Sicht hat die Strafe einen rationalen Sinn: Sie soll potentielle Straftäter abschrecken.

Angesichts dieses Epochenbruchs erscheint es zunächst paradox, dass die Rechtfertigung der Folter und Misshandlung im Mittelalter und in unserer Gegenwart im Kern identisch ist. Der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld verteidigte den Einsatz des Waterboarding als einer von der spanischen Inquisition erfundenen Foltermethode durch die CIA damit, dass solche „verschärften Verhörmethoden“ wertvolle Informationen im Kampf gegen den Terrorismus geliefert hätten.<sup>2</sup>

### FOLTER ALS INSTRUMENT DER WAHRHEITSERMITTLUNG?

Auch im Mittelalter wurde die Folter in erster Linie als Instrument der Wahrheitsfindung betrachtet. Das Geständnis des Angeklagten spielte in den damaligen Strafprozessen eine entscheidende Rolle. Die mittelalterliche Folter war ein genau geregeltes Ritual, mit dem ein Geständnis erpresst werden sollte; dieses musste, um rechtsgültig zu sein, anschließend von den Richtern wiederholt werden.<sup>3</sup>



Quelle: wikimedia commons

Allegorie auf die Werte der Verfassung nach der Französischen Revolution: Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit.



Wenn der Verdächtige auch in der „peinlichen Befragung“ kein Geständnis ablegte, war das Gericht in der Regel gezwungen, die Anklage fallen zu lassen. Unter keinen Umständen durfte er in diesem Fall zum Tode verurteilt werden.

Rumsfelds offene Verteidigung des Waterboarding ist zwar weltweit auf Kritik gestoßen, dennoch ist auch heute die Ansicht weit verbreitet, dass unter außergewöhnlichen Umständen Folter ein legitimes Instrument der Wahrheitsfindung sei. Als im Jahre 2004 der Frankfurter Polizei-Vizepräsident Wolfgang Daschner angeklagt wurde, weil er angeordnet hatte, dem Kindesentführer Markus Gäfgen Gewalt anzudrohen, wenn er weiter schweigen würde, plädierten über 60 % der Bundesbürger für Freispruch. Meinungsumfragen in anderen Ländern hätten höchstwahrscheinlich zum selben Ergebnis geführt.

**TICKING BOMB SZENARIO ALS RECHTFERTIGUNG FÜR FOLTER**

In den modernen Gesellschaften ist der religiöse Hintergrund der mittelalterlichen Strafjustiz verblasst; an seine Stelle ist eine rationale Rechtfertigung der Folter getreten: **Durch die Androhung bzw. Zufügung körperlicher Schmerzen könnte das Leben Unschuldiger möglicherweise gerettet werden;** der qualvolle Tod eines entführten Kindes ist ein schlimmeres Unglück als ein zeitlich begrenzter Schmerz.

Entsprechend ist in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre wiederholt der Standpunkt geäußert worden, es sei legitim, einen Terroristen zu foltern, den man verdächtigt, eine Bombe

versteckt zu haben. Die Ethik des Utilitarismus, die in der Epoche der Aufklärung entwickelt wurde, liefert die philosophische Begründung für eine solche Denkweise: Für den Utilitarismus ist es ein rationales Gebot, Leid zu vermindern und Glück zu vermehren.

**UTILITARISMUS VERSUS MENSCHENRECHTE**

So nachvollziehbar diese Auffassung auf den ersten Blick erscheinen mag, so problematisch erweist sie sich bei näherem Zusehen. **Das entscheidende Manko der utilitaristischen Ethik besteht darin, dass man mit ihr keine unveräußerlichen Menschenrechte begründen kann.** Dieselben Bundesbürger, die für den Freispruch von Daschner

plädiert haben, würden die Frage sicherlich verneinen, ob die Verweigerung demokratischer Freiheitsrechte in China legitim ist. Die chinesische Regierung beruft sich darauf, dass sie nur mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen, wie z.B. der rigoros durchgesetzten Ein-Kind-Politik, soziale Not verhindern kann: Auch das ist ein utilitaristisches Argument.

Hieran wird deutlich, dass die Sympathien für Daschner nicht ausschließlich auf eine utilitaristische Denkweise zurückgeführt werden können. Offensichtlich ist noch ein anderes Motiv im Spiel. Worin es besteht, lässt sich aus den konkreten Umständen der Tat Gäfgens erschließen: Er hat ein Kind, das ihm vertraute, entführt und getötet, um sich



Mittelalterliche Darstellung von Folter.

Quelle: wikimedia commons





zu bereichern. Dieses Verhalten ruft Empörung hervor. Hierin liegt offenbar der Schlüssel dafür, dass die Mehrheit der Bundesbürger, die für den Freispruch von Wolfgang Daschner plädierten, nicht bemerkten, dass sie das utilitaristische Argument, das sie in diesem Fall in Ansatz bringen mussten, nicht konsequent durchhalten.

Es wird durch eine andere Denkweise überlagert: Diese macht einen klaren Schnitt zwischen Gut und Böse, wobei man sich selbst zu den Guten zählt. In der Forderung eines Freispruchs für Daschner wie auch in der Zustimmung zur Folterung eines inhaftierten Terroristen im sogenannten „ticking bomb-Szenario“ kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass man gegenüber bestimmten Menschen, deren Verhalten man als

moralisch unerträglich empfindet, zu Maßnahmen greifen darf, die man im Allgemeinen verwirft.

### MITTELALTERLICHE ARGUMENTATION FÜR FOLTER

In dieser Auffassung wirkt unterschwellig ein Kernelement der überkommenen Religiosität nach, das die Aufklärung überwinden wollte. Die Richter und Inquisitoren des Mittelalters betrachteten die Gewalt, die sie einsetzten, als ein notwendiges Mittel im Kampf gegen das Böse. Die mittelalterliche Rede von den „teuflischen Mächten“, die die Schöpfungsordnung Gottes bedrohten, klingt für uns Heutige befremdlich; die Denkweise bleibt jedoch im Kern dieselbe, wenn man die Folterung von „feindlichen Kämpfern“ im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ für legitim erklärt.

Für die mittelalterliche Religion wurde die Folter erst am „Ende der Zeiten“, dem finalen Sieg Gottes über den Teufel, entbehrlich. Nicht viel anders denken die, die den Geltungsbereich der Menschenrechte so lange einschränken wollen, bis der letzte „feindliche Kämpfer“ vom Erdboden verschwunden ist. ■

### QUELLEN

<sup>1</sup> Zitiert nach: Michel Foucault: *Überwachen und Strafen*. Frankfurt a. M. 1994. S. 93.

<sup>2</sup> Vgl. das Interview von Foxnews mit D. Rumsfeld vom 2.5.2011: <http://www.foxnews.com/on-air/hannity/transcript/rumsfeld-waterboarding-played-major-role-al-qaeda-intel#ixzz2bU4y2tPe>

<sup>3</sup> Vgl. Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 53 ff.

## GEFÄHRDETE RECHTE

### IMMER MEHR STAATEN BESCHNEIDEN DIE GRUNDRECHTE IHRER BÜRGER

von Christine SCHOENMAKERS

Erst vor wenigen Wochen hat Amnesty International den neuen Jahresbericht für 2012 zum Stand der Menschenrechtsslage weltweit veröffentlicht. Zentraler Befund ist auch für das vergangene Jahr der traurige Stand von 159 Staaten, die die Grundrechte ihrer Bürger beschneiden.

In 101 Ländern wurde die Meinungsfreiheit eingeschränkt, in über 112 gab es organisierte Folter und Misshandlung – Tendenz steigend, denn die Regierungen argumentieren mit den gestiegenen Sicherheitsanforderungen aufgrund von Terroris-musgefahr.

Die Angriffe auf die Meinungsfreiheit und die Menschenrechte insgesamt sind vielfältig.

**Beispiel Türkei:** Als sich im Frühjahr 2013 wochenlange Bürgerproteste gegen die Bebauung eines Parks im Zentrum von Istanbul Bahn brechen und die Demonstranten sich schnell auch gegen den zunehmend autokratischen Regierungsstil von Ministerpräsident Erdogan auf den Straßen versammeln, kam es im Sommer zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die überwiegend friedlichen Demonstrationen wurden von den Beamten unter Anwendung mas-

siver Gewalt aufgelöst, viele Menschen verhaftet und miss-handelt.

Amnesty International fordert von den türkischen Behörden ihrer Pflicht nachzukommen und den Bürgern das Recht auf eine freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu gewähren.

**Beispiel Ägypten:** Seit der Revolution im Jahr 2011 hat sich das Problem der sexuellen Übergriffe auf Frauen in Ägypten weiter verschärft. Dabei sind insbesondere Teilnehmerinnen von Demonstrationen rund um den



Tahrir-Platz in Kairo und in anderen Städten betroffen. Dabei geschieht sexuelle Gewalt häufig auch aus politischen Gründen, denn viele Frauen waren bei der Revolution von Anfang an dabei und jetzt sollen sie aus dem öffentlichen Raum zurückgedrängt werden. Einige Islamisten geben den Betroffenen sogar öffentlich die Schuld an der Vergewaltigung, um sie weiter einzuschüchtern.

Amnesty International setzt sich dafür ein, dass die Behörden mehr tun, um den Schutz von Frauen und damit ihre aktive Teilnahme an der Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

**Beispiel Russland:** Erst im Juni hat die Duma ein Gesetz verabschiedet, das öffentliches Sprechen über Homosexualität vor Kindern und Jugendlichen mit erheblichen Geldstrafen belegt. Insgesamt 436 Abgeordnete stimmten dafür, bei einer einzigen Stimmenthaltung. In der Folge gingen Menschenrechts- und Gay-Aktivistinnen in Moskau auf die Straße, um gegen das Gesetz zu demonstrieren. Die Polizei begegnete ihnen mit exzessiver Gewalt, vielen droht nun eine Verurteilung.

Das Gesetz ist aber auch ein Schlag gegen die Pressefreiheit. Schwulen- und Lesben-Magazine können unter diesen Auflagen nicht mehr erscheinen. Viele von ihnen haben nun auf Online-Ausgaben umgestellt. Doch es ist nur eine Frage der Zeit, bis ihnen auch diese Möglichkeit genommen wird.

**Beispiel China:** Die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen (ROG) beschreibt China als das „weltweit größte Gefäng-



Quelle: Amnesty International

nis für Cyber-Dissidenten mit derzeit 62 Menschen in Haft für Online-Veröffentlichungen“. Immer wieder kommt es zur Verhaftung und Misshandlung von regimekritischen Bloggern oder Journalisten.

Mit ihrer radikalen Internetzensur bricht die Volksrepublik ohnehin sämtliche Rekorde. So sind neben pornographischen Seiten auch die Webauftritte von durch die Regierung als feindlich eingestuft religiösen oder politischen Gruppen gesperrt. Auch der Zugang zu bekannten Nachrichtendiensten und Suchmaschinen ist eingeschränkt und Eingriffen der staatlichen Zensurbehörden unterworfen.

Doch China ist nicht das einzige Land – weltweit nimmt die Zensur im Internet zu, wie ein Bericht der Open Net Initiative von

Forschern der Universitäten in Toronto, Oxford, Cambridge und Harvard feststellt.

Mit dem technischen Fortschritt wird die Überwachung der Bürger im Internet auch weiter ein Problem bleiben – übrigens auch in demokratischen Staaten, wie die Enthüllungen um die Spähprogramme Prism und Tempora des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes in erschreckender Deutlichkeit gezeigt haben.

Es wird Zeit darüber nachzudenken, wie viel uns Sicherheit wirklich wert ist. Der Preis der Freiheit wäre dafür in jedem Fall zu hoch. ■

# „LIEBES TAGEBUCH...“

## WIE BLOGS MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DOKUMENTIEREN

Von Anita SCHNEIDER

Neben den Journalisten und der Presse eines Landes gibt es im heutigen Zeitalter eine neue starke Gruppe, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausübt: Blogger. Blogs und Blogger tauchen in der Berichterstattung immer wieder auf, nicht selten in Ländern in denen (schwere) Menschenrechtsverletzungen begangen werden, z.B. in Syrien.

### BLOG HEIßT „TAGEBUCH“

Was genau ist ein Blog und eine/r Blogger/in? Ein Blog ist eine Webseite und eine Art Journal oder „Tagebuch“, das mindestens von einer Person regelmäßig mit Texten zu unterschiedlichen Themen gefüllt wird, Ereignisse protokolliert oder Gedanken niederschreibt.



Quelle: Carlos Latuff via wikimedia commons

Ein Blog ist schnell eingerichtet und auch für technisch unversierte einfach zu bedienen. Die Zahl der Blogs steigt jährlich an und lag Ende 2011 bei 173 Millionen Blogs weltweit.<sup>1</sup> Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl seitdem weiterhin zugenommen hat.

Mit Bezug zu Menschenrechten gibt es eine Vielzahl von Blogs. Die Menschenrechtsorganisationen, z.B. amnesty international<sup>2</sup> und viele andere Organisationen haben Blogs mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Aber es gibt auch die individuellen, ein-

zelnen Blogger, die in den verschiedenen Ländern der Welt sitzen und über die Menschenrechtsverletzungen schreiben und so die Öffentlichkeit herstellen, die notwendig ist.

Ein Beispiel einer Bloggerin ist die 16-jährige Pakistanerin Malala Yousafzai. Sie hat Anfang Januar 2009 ihren Blog unter einem Pseudonym gestartet und vor allem über das Recht auf Bildung von Kindern und besonders Mädchen geschrieben. Die Taliban, die zu diesem Zeitpunkt diese pakistanische Region besetzt hatten, haben

Malala, nachdem ihr richtiger Name bekannt wurde, bedroht und ein Attentat auf sie verübt, das sie nur knapp überlebte.

Sie wurde nach Großbritannien gebracht, operiert und überlebte das Attentat. Heute steht ihr Name für den Kampf auf Recht und Bildung von Mädchen, die Vereinten Nationen haben ihren Geburtstag zum „Malala-Tag“ erklärt, in diesem Jahr ist sie für den Friedensnobelpreis nominiert.<sup>3</sup>

Blogs sind oft Journale subjektiver Erfahrungen und können auch instrumentalisiert und gezielt eingesetzt werden. Es ist, wie bei allem, was im Internet zu finden ist, darauf zu achten, wer den Blog schreibt und wie objektiv und generalisierbar die Informationen sind, die in Blogs veröffentlicht werden.

Bloggen ist in einigen Ländern eine Möglichkeit über Situationen zu berichten, die zum Beispiel von der Presse oder lokalen Journalisten nicht aufgegriffen werden (können), da diese von der Regierung kontrolliert und/oder beeinflusst werden.

### BLOGS ALS GEGENMITTEL ZUR PRESSEZENSUR

Dadurch, dass ein Blog schnell und unkompliziert eingerichtet ist und auch unter Pseudonymen betrieben werden kann, ist es in Ländern in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, die Möglichkeit das Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben zu können. ■

**QUELLEN**

<sup>1</sup> Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/220178/umfrage/anzahl-der-blogs-weltweit/>

<sup>2</sup> Siehe <http://livewire.amnesty.org/>

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/pakistanische-kinderrechtsaktivistin-spricht-vor-un-malalas-waffe-heisst-wissen-1.1720047>



# RADIO AFRICA

## GUTER JOURNALISMUS IN EINEM FEINDLICHEM UMFELD

von Jutta GERAY

Journalismus lebt nirgendwo auf der Welt von Liebe zum Metier alleine, sondern ist auf finanzielle Ressourcen angewiesen. Überall auf der Welt gibt es von Seiten der Finanziere privater Medien, oder der Verantwortlichen staatlicher Medien die Tendenz, Einfluss auch auf die redaktionellen Inhalte zu nehmen. In Deutschland sind das z.B. große Werbekunden von Lokalzeitungen, die von Redaktionen hofiert werden, Verlage, die auch ihre politischen Interessen - trotz strikten Trennungsgebots als „Redaktionslinie“ durchsetzen. Und auch in stabilen wohlhabenden Demokratien gibt es an Korruption grenzende oder überschreitende Kooperation zwischen PR-Abteilungen der Wirtschaft und freien Medien.

### AUCH DEMOKRATIEN BESCHNEIDEN DIE PRESSEFREIHEIT

Wer in Westeuropa solche Tendenzen meidet, oder gegen mächtige wirtschaftliche Interessen recherchiert, findet dank großer Vielfalt meist ein anderes Medium, das die Geschichte veröffentlicht. Kritische Journalist/innen werden in der Regel auch nicht mit dem Leben bedroht, wenn sie gegen Interessen der eigenen Regierung recherchieren.

Ein aktuelles Negativbeispiel aus Großbritannien vom August dieses Jahres, als die britische Regierung den Chefredakteur von „The Guardian“ zwang, Festplatten mit Snowden-Material zu zerstören, oder Si-

cherheitskräfte am Londoner Flughafen den Lebenspartner eines freien Guardian-Journalisten stundenlang festhielten und verhörten, zeigen jedoch, dass auch in Demokratien Regierungen ihre Macht dazu missbrauchen können, um die freie Presse massiv zu behindern.<sup>0</sup>

In Afrika sind die Tendenzen korrupter Systeme auch in die Medien hinein, jedoch viel stärker und direkter und die Konsequenzen für Journalist/innen, die gar kritisch dazu stehen, Existenz bedrohend. Korrupte Systeme auch im Kleinen sind das zweite große Hindernis der Pressefreiheit in Afrika – neben staatlicher Zensur, Unterdrückung oder Verfolgung, die ebenfalls oft lebensbedrohlich ist. Aber es gibt Auswege aus beiden Zwängen, die afrikanischen Journalist/innen auch nutzen, wie die positiven Beispiele unten zeigen.

### RADIO IST DIE NUMMER EINS IN AFRIKA

Trotz der Begeisterung fürs Internet, dort wo es zugänglich ist, bleibt Radio das meist genutzte Medium auf dem afrikanischen Kontinent und wurde auch nie vom Fernsehen eingeholt. Druckmedien spielten immer eine untergeordnete Rolle in Subsahara (Afrika ohne Nordafrika). Bedingt durch Armut (47 % aller Menschen in Subsahara leben von einem Dollar oder weniger am Tag) und mangels ausgebauter Infrastruktur (30 %

der Menschen in Subsahara sind an das Stromnetz angeschlossen), ist Radio das einzige Medium das überall - mit einfachen Batterien - funktioniert und auch in entlegenen Gebieten über die analogen Radiowellen Empfang hat. Die verbreitete Armut und das stark unterschiedliche Bildungsniveau in Subsahara (28 % der Menschen in Subsahara können nicht lesen und schreiben), machen das Radio auch zum einzigen Medium, das sich alle leisten und alle nutzen können.<sup>1,2</sup>

Musik und Nachrichten stehen ganz oben auf der Liste der Hörer/innen. Beliebt sind aber auch Life-Sendungen mit Zuhörer/innen-Beteiligung, Talk-Sendungen und Radio Drama Serien.

Zwischen 2000 und 2006 gab es innerhalb Subsahara einen Radioboom, als in vielen Staaten die Lizenzpolitik gelockert wurde. In kurzer Zeit stieg die Zahl neuer kommerzieller und so genannter Community Radios um 360 Prozent. Letztere arbeiten ohne Profit im Interesse lokaler (Dorf-) Gemeinschaften oder überregionaler, ziviler Interessengemeinschaften, dazu zählen auch religiös oder ethnisch orientierte Radiosender.

### RADIO ALS FENSTER INS FREIE AUSLAND

Die Menschen in restriktiven Staaten profitieren vom Radioboom in den liberaleren afrikanischen Staaten. Denn Radiowel-







Gemeinsam Radio hören in Darfur.

Quelle: Free Press Unlimited

len stoppen nicht an Landesgrenzen und können auch von Diktatoren, die das gerne tun würden, nicht abgeschaltet oder flächendeckend gestört werden.

Afrikanische Sender bieten außerdem internationale Programme über Kurzwelle, die auf dem ganzen Kontinent gehört werden. Diese und Sender aus der arabischen Welt, Europa oder den USA werden besonders oft in Staaten mit repressiver Medienpolitik gehört und sind ein Ausweg aus Zensur und propagandistischer Einheitsnachrichten. Und für lokale Journalist/innen ein Vorbild für freieren Journalismus – den sie im Rahmen des Möglichen auch zu Hause umsetzen.

### FREIE SENDUNGEN IM KORRUPTEN SYSTEM

Auch in relativ meinungsfreien pluralen Staaten wie Südafrika oder Ghana ist es üblich, dass Mitglieder politischer Familien oder Firmen private Radiosender

sponsoren. Im Gegenzug verlangen sie Gefälligkeitsjournalismus entlang konkreter Wünsche. Und wenn sich solche Sponsoren keinen ganzen Sender „halten“ können, bezahlen sie einzelne Redakteur/innen mit Lebensmitteln oder Geld und verlangen dafür einzelne Berichte zum eigenen politischen oder wirtschaftlichen Interesse.

Radiojournalist/innen verdienen trotz der Bedeutung, die das Medium auf dem Kontinent hat, in der Regel weniger, als sie zum Leben brauchen in staatlichen wie in privaten Sendern. Wer direkte Anfragen nach Gefälligkeitsjournalismus verweigert, verliert nicht nur die Zusatzeinnahmen zum nicht ausreichenden Gehalt, sondern auch den Job und damit die ohnehin prekäre Basis.

Im ungünstigen Fall werden Neinsager, selbst wenn sie gar nicht kritisch berichten, inhaftiert z.B. wenn der Sponsor mit

der politischen Elite verwandt ist und Zugang zu den Sicherheitskräften hat.

Aber die Vielfalt der Radiosender in freieren afrikanischen Staaten und die Konkurrenz in restriktiven Staaten durch Sender der freieren Nachbarländer begrenzen die Einflussnahme der Sponsoren. Mit Ausnahme von Eritrea bieten die meisten privaten und staatlichen afrikanischen Radiosender, neben den abgestimmten Inhalten für die Regierung oder die Sponsoren, auch freie journalistisch gestaltete Inhalte. Die Hörer/innen erkennen rein gelenkte Sender und hören sie nicht (mehr). Und Regierungen und "Sponsoren" haben ein Interesse an der Beliebtheit "ihres" Senders den sie dann partiell als Sprachrohr nutzen.

Nicht immer sind technische Einschränkungen ein Hemmnis für freien Journalismus, sondern bieten auch Chancen durch spontanere Formate. Nur wenige Radiosender haben die technische Ausstattung, Sendungen vor zu produzieren und aufwändig zu schneiden. Die meisten Sendungen sind live, beliebt sind Diskussionen mit Zuhörer/innen, die in den Sender kommen, oder über Anrufe miteden – und auch ihre Beiträge werden dann live gesendet. Sie können vorab gar nicht zensiert werden. Die journalistische Qualität der Live Sendungen hängt dann stark von den Fähigkeiten der Moderator/innen ab.

### BÜRGERJOURNALISMUS ALS VIERTE GEWALT

Seit der Verbreitung von Mobiltelefonen beziehen Radiosender das Konzept „Bürgerjournalis-





mus“ mit ein und bitten Hörer/innen, auch spontan über ihre Wahrnehmung besonderer Ereignisse oder Themen aus dem Alltag zu berichten. Wer kein Geld für einen Anruf hat, kann dabei auch kostenfreie Nummern wählen oder wird zurück gerufen. In Ghana nutzten Wähler/innen im Jahr 2000 das Angebot lokaler Radiosender und berichteten wie bewaffnete Gruppen, sie am Eintritt in Wahllokale hinderten oder sie einschüchterten. Die Polizei blieb trotz Anzeigen der Wahlbehinderung tatenlos. Doch nach den Live-Berichten im Radio schritt sie dann doch zum Schutz der Wähler/innen ein.<sup>3</sup>

### UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS IN KRIEGSGEBIETEN

Im Sudan wäre so eine Sendung wahrscheinlich von Sicherheitskräften gestoppt worden und hätte zur Schließung des Senders oder Verhaftung der Moderator/innen geführt. Aber auch im Sudan und dort mitten in den beiden Kriegsgebieten Darfur und Süd-Kordofan, gibt es zwei Beispiele für unabhängigen Journalismus.

**Radio Dabanga** sendet täglich verlässliche und objektive Nachrichten für die Menschen in Darfur mit Hilfe aus dem Ausland. Die **Nuba Reporter** haben das Prinzip Bürgerjournalismus professionalisiert und senden Videos und Berichte über ihre Situation und die kriegerischen Handlungen aus den Nuba Mountains.

### BLINDER FLECK DARFUR

Wenn es nach der sudanesischen Regierung ginge, wäre ganz Darfur eine journalistenfreie Zone. Aber auch die diver-

sen Milizen in Darfur mit jeweils eigenen Interessen, verüben Angriffe auf Zivilbevölkerung und Flüchtlingslager und sind mit internen Fehden, z.B. um Goldminen an den Vertreibungen von schätzungsweise 2 Millionen Zivilisten innerhalb Darfurs beteiligt. Ganz klar, dass sie kein Interesse an einer Berichterstattung darüber haben.

Die Lage in Darfur gilt außerdem als extrem gefährlich und unübersichtlich, da neben der Regierungsarmee und ihrer Verbündeter, viele verschiedene Milizen und kriminelle Banden mit wechselnden Partnern aktiv sind. Auch hart gesottene Kriegsberichterstatte/innen wagen sich kaum noch in die Gegend.<sup>4</sup>

Mangels Zugang zu Darfur und objektiven Informationen wird in ausländischen Medien nur noch wenig berichtet und wenn doch, dann überwiegen vereinfachende, ethnische Zuschreibungen

und Erklärungen, wie „Araber gegen Afrikaner“, die nicht viel mit der Situation vor Ort zu tun haben. Ähnliches fanden jordanische und ägyptische Medienwissenschaftler, welche die arabischsprachige Presse untersuchten<sup>5</sup>, und ein britischer Medienkritiker, der die Medien in Großbritannien untersuchte, heraus.<sup>6</sup>

### RADIO DABANGA: VERLÄSSLICHE NACHRICHTEN AUS DARFUR

Doch seit 2008 gibt es objektive Informationen aus dem Kriegsalltag in Darfur. Radio Dabanga sendet zweieinhalb Stunden täglich unverfälschte Nachrichten und zählte schon ein Jahr später 2 Millionen regelmäßige Zuhörer/innen aus Darfur bei einer Bevölkerung von 8 Millionen. Der Sender richtet sich in den vor Ort verbreiteten Sprachen Arabisch, Fur, Masaliit und Zaghawa vor allem an die Bevölkerung in Darfur selbst. Aber über ihre Homepage (

Quelle: Free Press Unlimited

dabanga.org) liefert der Sender dieselben Nachrichten auch für die interessierte Weltöffentlichkeit.

Die Initiative ging von „Radio Darfur Network“, einer Koalition von sudanesischen Journalist/innen, internationalen Medienorganisationen und lokalen NGOs, aus. Sie umgingen die restriktive sudanesische Lizenzpolitik mit Hilfe aus dem Ausland. Die holländische Organisation Free Press Unlimited, die weltweit journalistische Projekte in schwierigen Ländern fördert, hat den Sender in Holland angemeldet, bearbeitet sie dort redaktionell und sendet die Nachrichten der einheimischen Journalist/innen über Kurzwelle zurück nach Darfur, vorbei an der sudanesischen Zensur.

neter Gruppen vor Ort verzichtet man wohl lieber ganz auf subjektive Reportagen, Meinungsbeiträge oder Analysen und hält sich strikt an das reine Nachrichtenformat. Aber die Auswahl umfasst die ganze Bandbreite vom Krieg und der humanitären Katastrophe in Darfur und richtet sich allein nach den Interessen der Hörer/innen, die wissen wollen „wann, was, wo“ passiert „wer“ beteiligt ist, und „wie“ es passiert – auch, um eventuell einer Gefahr ausweichen zu können.

Allein an zwei Tagen im August zeigen die knappen Nachrichten den tödlichen Alltag und die Vielfalt der Gefahren in Darfur, obwohl an diesen beiden Tagen keine größeren kriegerischen Handlungen stattfanden.

50.000 flohen zwischen Januar und Mai dieses Jahr aus Zentral Darfur in das Nachbarland. Bei Vertreibungen in Zentral Darfur starben laut Zeugenaussagen im selben Zeitraum 194 Flüchtlinge, davon 119 an Schussverletzungen.

Aus Bindisi erfuhren die Reporter/innen von gewalttätigen Auseinandersetzungen zweier rivalisierender regionaler Milizen. Eine der Milizen drang später in ein nahe gelegenes Flüchtlingslager ein, Milizionäre beraubten und schlugen Flüchtlinge und vergewaltigten Frauen und Mädchen.

Am selben Tag starben in einem anderen Flüchtlingscamp in Zentral Darfur ein Kind und ein Erwachsener, als eine Regierungsnahe Miliz das Feuer eröffnete. Die Polizei blieb inaktiv als der Campvorsteher Anzeige erstattete.

Am 6. August meldete Radio Dabanga große bevorstehende Truppenbewegungen der sudanesischen Regierungsarmee in die „Al Sareif Beni Hussein“ Gegend. Laut Regierungsangaben sollen die Truppen dort einen Friedensschluss ansässiger rivalisierender Milizen sichern, die sich zuvor um eine Goldmine stritten. In den Kämpfen um die Goldmine waren mindestens 500 Menschen getötet worden und 100.000 Zivilisten flohen aus dem Kampfgebiet. Mit der erwarteten massiven Militärpräsenz deutet Radio Dabanga eine weitere Gefahr für Zivilisten in der Gegend an.

Ebenfalls am 6. August erfuhren die Hörer/innen von Radio Dabanga, dass die sudanesische Regierung zwanzig der noch



Quelle: Free Press Unlimited

Nüchtern und betont neutral klingen die Berichte von Radio Dabanga. Angesichts der komplexen Konfliktlage und diverser verfeindeter Interessen bewaff-

Am 7. August berichtete Radio Dabanga über einen Report von Ärzten ohne Grenzen, die Flüchtlinge aus Darfur im benachbarten Tschad versorgen. Etwa





verbliebenen 37 Mitarbeiter des Flüchtlingshilfswerks UNHCR des Landes verwies, bzw. ihre Arbeitserlaubnis nicht verlängerte. Noch 17 UN Mitarbeiter in ganz Darfur, kümmern sich um etwa 2 Millionen intern Vertriebene, bzw. können sich laut Aussage der UN unter diesen Umständen gar nicht mehr kümmern.

Nahe Nyala, der Hauptstadt von Süd Darfur starb laut Meldung vom 6. August ein Polizist, der eine Warenlieferung für Geschäfte der Stadt bewachte. Regierungstreue Milizen griffen den Transport an und raubten ihn aus. Die Polizisten bekamen Unterstützung von lokalen Bewaffneten, verfolgten die Miliz und lieferten sich stundenlange Gefechte. Wie der Kampf ausging wurde nicht bekannt.

Außerdem berichtete Radio Dabanga am 6. August über die Familien von 5 Verhafteten in Süd Darfur. Sie forderten gemeinsam die Behörden auf, ihre Angehörigen, die seit Wochen und zum Teil Monaten ohne Anklage in Haft sind, entweder frei zu lassen oder anzuklagen und erzählten dem Radiosender, dass ihre Familienmitglieder in Haft beleidigt, geschlagen und gefoltert werden.

**UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS MIT HILFE AUS DEM AUSLAND**

Radio Dabanga funktioniert nur mit der Unterstützung aus dem Ausland maßgeblich von Free Press Unlimited. Doch die Inhalte zu Darfur kommen von Journalist/innen aus Darfur. Kolleg/innen aus Holland machen die redaktionelle Arbeit und liefern die internationalen Nachrichten.<sup>7,8</sup>

Versuche der sudanesischen Regierung, den Radiosender zur Aufgabe zu zwingen, blieben bislang erfolglos. 2009 wurde ein Kontaktmann von Radio Dabanga in Khartoum verhaftet. Ein weiterer einheimischer Radiomitarbeiter, Abdelrahman Adam, wurde 2010 festgenommen, aber nach einem Jahr Gefängnis im Dezember 2011 angeklagt und freigesprochen. Der Vorwurf lautete Spionage und Komplott gegen den Staat, außerdem wurde er beschuldigt Lügen zu verbreiten und die öffentliche Sicherheit zu gefährden.<sup>9</sup>

Die Reporter/innen von Radio Dabanga leben besonders gefährlich. Wie alle Zivilisten in Darfur leiden sie unter der extremen Sicherheitslage und sind vom Nahrungsmangel und fehlender medizinischer Versorgung selbst betroffen. Zusätzlich droht ihnen Gefahr von sudanesischen Sicherheitsbehörden, die Radio Dabanga Journalist/innen verhaften.

Ihre Arbeit ist unter diesen Umständen eine enorme Leistung und Radio Dabanga ein Beispiel für freien Journalismus unter eigentlich unmöglichen Umständen.

**BÜRGERJOURNALISMUS IN DER KRIEGSREGION NUBA MOUNTAINS**

Ein weiteres Medienprojekt im Sudan entstand auf private Initiative eines Amerikaners, der in den Nuba Mountains heimisch wurde. Mit einer eigenen Homepage "Nuba Reports" ([www.nubareports.org](http://www.nubareports.org)), informieren einheimische Bürgerjournalist/innen zum zweiten Krieg im Sudan aus der vollkommen

abgeriegelten Provinz Süd-Kordofan. Nach der Abspaltung und Unabhängigkeit von Südsudan 2011 verblieb die Provinz Süd-Kordofan im Sudan und liegt nun direkt an der Grenze zum Südsudan. Die Bevölkerung hatte im jahrelangen Bürgerkrieg zum Teil auf der Seite der Rebellenarmee aus dem Süden gekämpft.

Gleich nach der Unabhängigkeit Südsudans gewann Ahmed Haroun in Süd Kordofan die Gouverneurswahlen. Er wurde 2009 zusammen mit Staatspräsident Bashir vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur angeklagt. Keiner in Süd Kordofan glaubte an das Wahlergebnis, man warf der Regierung massive Wahlfälschung vor. Die Rebellenarmee SPLA-Nord behielt daraufhin die Waffen und wollte den Gouverneur wieder absetzen.



Quelle: Free Press Unlimited



Die sudanesische Regierung schickte alle internationalen Hilfsorganisationen außer Landes und ließ keine Journalist/innen mehr in die Region. Stattdessen kam die Armee, kämpft seitdem gegen die Rebellen und bombardiert gezielt und fast täglich zivile Dörfer und ihre Felder. In den Nuba Mountains suchen die Bewohner in Höhlen Schutz und können bei fort gesetzten Bombardements, nichts mehr anbauen. Sie leiden unter Hunger und mangelnder medizinischer Versorgung.<sup>10</sup>

### „AUGEN UND OHREN DER NUBA“

Der Amerikaner Ryan Boyette gründete mit Einheimischen das Projekt „Nuba Reports“ und organisierte die technische Ausrüstung, Videokameras und Laptops über ausländische Kontakte und Spendengelder. Die Homepage und Plattform der Nuba Reports finanzierte Boyette über die Crowdfunding Plattform Kickstarter.<sup>11</sup>

Boyette arbeitete zuvor jahrelang für die evangelikale Hilfsorganisation „Samaritan's Purse“ in den Nuba Mountains und blieb zurück, als seine Organisation, wie alle anderen, gehen musste. Er ist mit einer Gesundheitsarbeiterin aus Nuba verheiratet. Boyette begründete seine Motivation, in der Kriegsregion zu bleiben, in Interviews mit amerikanischen Medien, auch mit seinem starken christlichen Glauben und dem Wunsch, den mehrheitlich christlichen Nuba im Sudan zu helfen.

Eine starke religiöse und persönliche Motivation ist nicht unbedingt die beste Voraussetzung für unparteiischen Journalismus. Ebenso wenig wie sein geäußer-

ter Wunsch, dass eine Militärintervention von außen den Krieg in den Nuba Mountains beenden möge.<sup>12</sup>

Im Ergebnis sind die „Nuba Reports“, die auf der Homepage und auf Youtube zugänglich sind, aber nicht nur das einzige Medium, das aus der abgeriegelten Region berichtet, sondern die Nachrichten und Videodokumentationen sind in guter journalistischer Qualität produziert. Mit einer Ausnahme: Man erkennt in den Nachrichten die Sympathie der einheimischen Reporter für die Rebellenarmee.



Radiohits in Afrika: Politischer Hip Hop aus Senegal.

Quelle: [www.youtube.com/watch?v=Wfm1Mb4JAlw](http://www.youtube.com/watch?v=Wfm1Mb4JAlw)

Davon abgesehen dokumentieren die Reporter alle Kriegshandlungen, von denen sie erfahren und die sie selbst überprüfen können, unabhängig der Herkunft von Tätern und Opfern gemäß ihrem Motto „Eyes and Ears Nuba“ – mit eigenen Augen und Ohren. Ihre Arbeit ist schwierig und gefährlich. Sie fahren weite Strecken mit Motorrädern zu den betroffenen Ortschaften, die mangels ausgebauten Straßennetzes nur schwer zugänglich und weit voneinander entfernt sind. Und sie fahren genau dorthin, wo gerade bombardiert wird.

Mit der privat organisierten finanziellen Hilfe aus dem Ausland schaffen es auch die Nuba Reports in kleinem Rahmen und mit nur wenigen einheimischen Reportern (Frauen sind keine darunter), qualifizierten Journalismus zu praktizieren. Sie richten sich über ihre Homepage in englischer Sprache vor allem an das Ausland.

### SOLIDARITÄT UND STIPENDIEN FÜR INVESTIGATIVEN JOURNALISMUS

Mehr investigative Recherchen und Analysen in ganz Afrika sind

das Anliegen der überregionalen Organisation „FAIR - FORUM FOR AFRICAN INVESTIGATIVE REPORTERS“ mit Sitz in Südafrika, die 2003 von afrikanischen Journalist/innen aus unterschiedlichen Ländern gegründet wurde. Ihr Motto lautet: „Aim higher, dig deeper, find more truths!“ (<http://fairreporters.net>).

Besonders schwierig haben es Journalist/innen in fast allen afrikanischen Ländern, wenn sie investigativ recherchieren und Themen wie Korruption, Verflechtung von Politik und kriminellen





Milieus, Waffen- und Menschenhandel, oder den Ausverkauf von Land und Rohstoffen an internationale Player durch die eigene Regierung aufdecken. Auch der von den USA und Europa gesponserte Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist in Afrika ein heikles Thema und darf im eigenen Land praktisch nicht recherchiert oder gar kritisiert werden.

Aber genau das sind die aktuellen Themen, die FAIR mit Stipendien, Preisen und überregionaler Zusammenarbeit fördert. Mit der Vernetzung können investigative Journalist/innen ihre Recherchen auch anonym in einem anderen Land veröffentlichen, wenn es die Bedingungen im eigenen Land nicht zulässt. Die Kooperation zu einem Thema über Ländergrenzen hinweg ist nicht nur praktisch, sondern ermöglicht auch andere Themen und breiter recherchierte Inhalte. Außerdem ist es sicherer, gemeinsam an einem verbotenen Thema zu ar-

beiten als alleine.

FAIR will nach dem Jahresbericht, der auf der Homepage einsichtig ist, auch die Abhängigkeit von ausländischen Spendengeldern reduzieren. Mit eigenen Veröffentlichungen und Fortbildungen wollen sie künftig mehr Geld einbringen. FAIR wird ebenfalls von der holländischen Organisation „Free Press Unlimited“ und weiteren finanziell unterstützt.

Einige, der mit Preisen ausgezeichneten investigativen Reportagen sind auf der Homepage von FAIR veröffentlicht, zum Beispiel die Reportage „Pirates, smugglers and corrupt tycoons - social bandits in Africa“. Der Autor arbeitete mit Journalist/innen aus Benin, Nigeria, Simbabwe und Südafrika zusammen. Daraus entstand eine ausgezeichnete journalistische Analyse mit Beispielen aus verschiedenen Ländern und den unterschiedlichen Ursachen und

Hintergründen und zeigt doch die Ähnlichkeit, wenn staatliche, kriminelle und legale wirtschaftliche Bereiche in Afrika so eng verflochten sind, wie etwa in Somalia oder Nigeria. Zugleich ist es auch eine spannende Reportage aus vielfachen Blickwinkeln. So zum Beispiel im Fall von einfachen Bürger/innen aus Somalia, die „Sozialleistungen“ von Piraten erhalten oder von der wirtschaftlichen Entwicklung in der somalischen Piratenhochburg Puntland profitieren. Oder was legale Geschäftsleute, die von den Investitionen der Piraten abhängen, darüber denken, und was passiert, wenn ein Nutznießer aussteigen will und dann mit den üblichen Praktiken eines kriminellen Milieus bedroht wird.<sup>13</sup>

Der Autor bevorzugte ein Pseudonym, nachdem er bei früheren Recherchen zum selben Thema Drohungen gegen sein Leben von Piraten und Geschäftsleuten aus Somalia und Kenia erhielt. ■

## QUELLEN

<sup>0</sup> <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/guardian-greenwald-miranda>

<sup>1</sup> Zu Armut in Afrika: <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202012.pdf>

<sup>2</sup> Überblick zur Bedeutung vom Radio in Afrika: <http://witspress.co.za/catalogue/radio-in-africa/>

<sup>3</sup> Statistiken zur Mediennutzung in Afrika, zu Radioinhalten und "Sponsoren" - Systemen: [http://www.amarc.org/documents/manuals/12481943581Radio\\_and\\_Development\\_in\\_Africa,\\_a\\_concept\\_paper.pdf](http://www.amarc.org/documents/manuals/12481943581Radio_and_Development_in_Africa,_a_concept_paper.pdf)

<sup>4</sup> Humanitarian Conditions in Darfur: A climate of violence and extreme insecurity. In [www.sudantribune.com/spip.php?article47542](http://www.sudantribune.com/spip.php?article47542). Die Onlinezeitung ist ein non profit Projekt von sudanesischen und internationalen Journalist/innen mit Sitz in Paris.

<sup>5</sup> [www.i-m-s.dk/files/publications/1482 Darfur.final.web.pdf](http://www.i-m-s.dk/files/publications/1482%20Darfur.final.web.pdf)

<sup>6</sup> <http://www.martinfrost.ws/htmlfiles/may2009/darfur-in-the-media.pdf>

<sup>7</sup> [www.radiodabanga.org](http://www.radiodabanga.org)

<sup>8</sup> <https://www.freepressunlimited.org/en/file/sudan>

<sup>9</sup> <http://en.rsf.org/sudan-call-for-release-of-all-imprisoned-29-08-2011,40869.html>

<sup>10</sup> [www.spiegel.de/politik/ausland/in-sudans-provinz-sued-kordofan-herrscht-grausamer-krieg-a-821709.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/in-sudans-provinz-sued-kordofan-herrscht-grausamer-krieg-a-821709.html)

<sup>11</sup> <http://www.kickstarter.com/projects/300883085/nuba-reports>

<sup>12</sup> <http://www.patheos.com/Resources/Additional-Resources/Ryan-Boyette-Stayed-Behind-Greg-Metzger-10-31-2011.html>

<sup>13</sup> [http://fairreporters.files.wordpress.com/2011/11/fair\\_2010\\_nov\\_rev\\_final-1.pdf](http://fairreporters.files.wordpress.com/2011/11/fair_2010_nov_rev_final-1.pdf)



# DIE VERGESSENE DIKTATUR

## ÜBER DIE LAGE DER MEINUNGSFREIHEIT IN TURKMENISTAN

von Vedrin SAHOVIC

In der von „Reporter ohne Grenzen“ herausgegebenen Rangliste der Pressefreiheit belegte Turkmenistan in den letzten sechs Jahren den drittschlechtesten Platz, nur Eritrea und Nordkorea wurden noch schlechter bewertet.

### DAS RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUßERUNG IST EIN MENSCHENRECHT.

Bei der Gründung der GUS hat sich Turkmenistan zu den Menschenrechten bekannt. Weiterhin hat es sowohl den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, in dem in Artikel 19 explizit das Recht auf ungehinderte Meinungsfreiheit verbürgt ist, als auch die Meinungsfreiheit in Artikel 28 in der Verfassung verankert.

### KEINE FREIE BERICHTERSTATTUNG IN TURKMENISTAN

Dennoch gibt es derzeit keine unabhängige Berichterstattung in Turkmenistan. Alle Zeitungen, Radio- und Fernsehsender sind in staatlicher Hand. Bürger können nur auf eine stark zensierte Variante des Internets, „Turkmenet“, zugreifen und dies ist mit horrenden Kosten verbunden: Ein DSL-Anschluss kostet 7.000 US-Dollar. Im Turkmenet sind sowohl Youtube, Facebook als auch Twitter gesperrt. Mobilfunk wird nur vom staatlichen Anbieter Altyn Asyr angeboten, nachdem dem russischen Provider MTS 2010 die Lizenz entzogen worden ist.

Wegen dieser Einschränkungen wagen es nur wenige, sich journalistisch zu betätigen. Wenn man dabei dem Regime unbequem wird, so handelt es sehr repressiv, wie man am Beispiel der drei turkmenischen Reporter Annakurban Amanklychev, Sapardurdy Khadjiyev und Ogulsapar Muradova sieht, welche bei einer französischen Dokumentation über Turkmenistan mitgewirkt haben.

Sie wurden im August 2006 mit fingierten Beweisen zu 6-7 Jahren Haft wegen illegalen Waffenbesitzes verurteilt. Ogulsapar Muradova starb bereits im September 2006 an den Folgen der Misshandlungen von Wärtern im Ovodan Depe Hochsicherheitsgefängnis. Amnesty International sieht die Verurteilten als gewaltlose politische Gefangene an. Annakurban Amanklychev und Sapardurdy Khadjiyev wurden im Februar 2013 aus der Haft entlassen.

Die Bedingungen ihrer Haft waren unmenschlich: Es gab keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, die Ernährung war ungenügend, die Temperaturen stiegen im Sommer bis auf 40°C und sanken im Winter bis auf -50°C. Unter diesen Bedingungen müssen Häftlinge in Turkmenbashi schwere Feldarbeit verrichten. Aufgrund ihrer Inhaftierung leiden die freigelassenen Journalisten an Herz-Kreislauf- und psychologischen Problemen.

Ein weiteres Beispiel der turkmenischen Regierung, freie Mei-

nungsäußerung zu unterbinden, ist die Explosion eines Munitionslagers bei Abadan, welche sich am 7. Juli 2011 ereignet hatte. Die Regierung bestreitet dies und behauptet stattdessen, dass nur Feuerwerkskörper in einem Kaufhaus explodiert sind und dabei circa 15 Personen starben. Zeugen haben jedoch mit ihrer Kamera die Explosion aufgezeichnet und ins Internet gestellt. Kurz nach Bekanntwerden der Veröffentlichung der Katastrophe wurden das Internet und der Mobilfunk in der Stadt abgestellt.

Obwohl sich der jetzige Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow als Reformier gibt und zum Beispiel letztes Jahr eine staatsgelenkte Oppositionspartei gegründet wurde, hat sich an der Situation der Meinungsfreiheit nichts verbessert. ■



Quelle: Jotquadrat via wikimedia commons





# EINE FREIHEIT VON UND ZU

## DIE SYRISCHE DEFINITION VON MEINUNGSFREIHEIT

von Sarah SCHIEBL

Was den Begriff Meinungsfreiheit betrifft, gehen die Interpretationen von Staat und Bürgern in Syrien häufig auseinander. Während die Bürgerschaft sich die Freiheit zur Meinung wünscht, scheint der Staat eine Freiheit von Meinung zu fordern.

Doch nicht in allen Sprachen ist der Begriff Meinungsfreiheit so zugänglich für Interpretationen. So war der Begriff Syrian Centre for Media and Freedom of Expression dem syrischen Staat offenbar eindeutig genug, um seinen Direktor festzunehmen. Bei einer Razzia im Februar 2012 wurde Mazen Darwish mit sieben Kollegen und einem Besucher in Damaskus von Mitgliedern des Geheimdienstes verhaftet.

Das Syrian Centre for Media and Freedom of Expression (SCM) spielte eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von Informationen über die Abläufe im Syrienkonflikt. Der konzertierte Angriff auf die SCM-Büros in Damaskus zeigt, wie ernst die syrische Regierung den SCM bei der Dokumentation systematischer Menschenrechtsverletzungen nahm. 2009 hatten die syrischen Behörden das Zentrum geschlossen, später nahm es die Arbeit jedoch ohne Erlaubnis wieder auf.

Die meisten der Festgenommenen erlebten Misshandlung und Folter, einer von ihnen starb im November 2012. Über Monate hinweg hatten sie keinen Kontakt zur Außenwelt, Darwish soll zehn Monate lang kein Sonnen-

licht gesehen haben. Im Oktober verschwand Darwishes Anwalt zusammen mit einem Freund, Monate später wurde klar, dass er sich ebenfalls in Gewahrsam des Geheimdienstes befinden muss. Auch der Gesundheitszustand des Anwalts ist mittler-



Die blaue Schleife steht für Meinungsfreiheit.  
Quelle: wikimedia commons

weile sehr schlecht. Seit März 2011 kamen in syrischen Haftanstalten mindestens 1300 Menschen ums Leben. Eine Zahl wie diese kann dergestalt interpretiert werden, dass alle Häftlinge regulär gefoltert werden. Besonders gefährdet sind jene, die keine Verbindung zur Welt außerhalb des Gefängnisses haben.

Im Mai 2013 wurden fünf der Aktivisten vor dem „Antiterroris-

musgericht“ angeklagt. Dieses Gericht zielt hauptsächlich darauf ab, die Opposition zu schwächen, internen Schätzungen zufolge wurden bereits 35 000 politische Gefangene vor diesem Gericht verurteilt. Den Aktivisten droht bis zu fünfzehn Jahren Haft. Im Juni wurde der Prozess in den August verschoben.

Eine Bestandsaufnahme all dieser Strukturen zeigt, dass der syrische Staat nicht darüber zu diskutieren wünscht, wie der Begriff Meinungsfreiheit auszu-legen sei. Die Aktivisten hatten nicht die Gelegenheit, ihre Dokumentationsfreiheit legal auszuüben, noch die Chance, sich in einem fairen Gerichtsverfahren dafür zu verantworten. Eine eigens dafür geschaffene Gesetzgebung macht es den Behörden leichter, Journalisten und Aktivisten unter der Terrorgesetzgebung zu verurteilen.

### RECHT- UND AUSSICHTSLOS

Diese Situation lässt die Gefangenen derart rechtlos zurück, dass die massiven Foltervorwürfe in Kenntnis der syrischen Verhältnisse niemanden überraschen. Von einer Freiheit zur eigenen Meinung und Information ist die syrische Bürgerschaft noch weit entfernt. Dennoch hat der Staat noch immer kein Volk ohne Meinung herausbilden können. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens das die Verurteilten tröstet. ■



# ¿CUBA LIBRE? MEINUNGSFREIHEIT AUF KUBA

von Inga MATTHES

Kuba – kaum ein Land ruft größere Sehnsüchte unter Individualtouristen hervor. Wer möchte es sich nicht bei tropischen Temperaturen mit einem Cuba Libre in einem kleinen Straßencafé in Havanna gut gehen lassen? Bei einer Zigarre den heißen Salsa-Klängen lauschen? Auf Ché Guevaras Spuren wandeln? Und ist der Karibikkommunismus nicht sowieso eine brauchbare Alternative zu unserem westlichen Gewinnstreben?

## SCHWARZER FRÜHLING: REPRESSIONEN IM PARADIES

Was den Touristen jedoch größtenteils verborgen bleibt: Die Kubaner sind in der Ausübung ihrer Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt. Vor allem unabhängige Journalisten, Oppositionsführer und Menschenrechtsverteidiger leiden unter Repressionen, es kommt zu durchschnittlich 400 Festnahmen monatlich (Stand 2012).

Als Rechtsgrundlage der Verhaftungen dient das weitgefaste Gesetz Nr. 88 (Ley de Protección de la Independencia Nacional y la Economía de Cuba, dt: Gesetz zum Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der Wirtschaft Kubas), welches lange Haftstrafen ermöglicht. Zu einer regelrechten Verhaftungswelle kam es im Frühling 2003 (primavera negra, dt: Schwarzer Frühling). Innerhalb von zwei Wochen wurden 75 Kritiker des Einparteiensystems verhaftet und zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt.

Der Häftling Orlando Zapata, der seit dem Schwarzen Frühling eine 25-jährige Freiheitsstrafe verbüßte, starb im Februar 2010 an den Folgen eines Hungerstreiks. Die Angehörigen der Inhaftierten gründeten die Protestorganisation Damas de Blanco (Damen in Weiß). Auch sie werden vom Regime immer wieder festgenommen und kurzfristig oder auch dauerhaft inhaftiert.

Unabhängige Medien gibt es auf Kuba nicht. „Reporter ohne Grenzen“ führt Kuba auf Platz 171 (von 179) auf seiner Rangliste der Pressefreiheit (Stand 2013). Auch der Zugang zum Internet wird überwacht und gelegentlich gesperrt. Ohnehin haben nur etwa 2 % der Kubaner die Möglichkeit, das Internet zu nutzen. Als Gründe für die Restriktionen nennt das Regime technische und finanzielle Schwierigkeiten sowie das US-Embargo. Faktisch hat die kubanische Bevölkerung damit keinen Zugang zu unabhängigen Informationsquellen.

## EINGESCHRÄNKTE REISEFREIHEIT FÜR EINHEIMISCHE

Die wohl bekannteste Kritikerin des Systems ist die Bloggerin Yoani Sánchez. Sie hat eine Möglichkeit gefunden, die strenge Zensur ihres Heimatlandes zu umgehen. Sie schickt ihre Texte an im Ausland lebende Freunde, die diese dann auf ihrem Blog Generación Y veröffentlichen. Im Frühling dieses Jahres beugte sich das Regime ihrem Ausrei-



„Alles für die Revolution“ .  
Quelle: Amnesty International

segensuch und Yoani Sánchez konnte Kuba vorübergehend verlassen. Auch in Deutschland machte sie Station, um über die Schwierigkeiten im unfreien Kuba zu berichten und ihre Forderungen nach einem „cuba libre“ zu bekräftigen. ■



Die „Granma“ ist die kubanische Staatszeitung.  
Quelle: Amnesty International

## WEITERE INFORMATIONEN

finden sich auf Yoani Sánchez Blog:  
<http://lageneraciony.com> und in dem Bericht des IS „Restrictions on freedom of expression in Cuba“ von 2010: <http://www.amnesty-kuba.de/files/dateien/amr250052010en.pdf>



# WIRTSCHAFT VOR MENSCHENRECHTEN?

## ZUR SITUATION VON JOURNALIST/INNEN UND MENSCHENRECHTSAKTIVIST/INNEN IN AFRIKA

von Jutta GERAY

Der Zustand der Meinungsfreiheit hängt mit der wirtschaftlichen und politischen Gesamtsituation und den aktuellen Konflikten in Afrika zusammen. In Afrika verschärfen sich derzeit die Konflikte um Rohstoffe. „Alte“ Industrienationen aus Nord- und Südamerika, Europa sowie Russland oder Japan bekommen Konkurrenz von schnell wachsenden asiatischen Staaten wie China oder Indien.

Alle wollen Zugriff auf Erdöl, Erdgas, Edelmetalle und seltene Erden in Afrika. Ausländische Firmen kooperieren dabei willig auch mit korrupten afrikanischen Eliten oder regionalen Machtgruppen und unterstützen damit deren Machterhalt und Militärbudget – sie wollen ihre Geschäftspartner möglichst langfristig „behalten“.

### KORRUPTION ALS HAUPTHINDERNIS FÜR DIE DEMOKRATIE

Diese Praxis kritisiert der diesjährige afrikanische Fortschrittsreport, den Kofi Annan am 10. Mai in Kapstadt, Südafrika vorstellte. Er nennt die korrupte Rohstoffpolitik von beiden Seiten als Haupthindernis für wirtschaftliche und demokratische Entwicklung.

Nach den Daten klafft die Schere zwischen einer kleinen reichen Elite und einer großen benachteiligten Mehrheit am stärksten in den rohstoffreichen Ländern auseinander. Dabei könnte Afrika mit einer intelligenteren Rohstoffpolitik die extreme Armut vielerorts überwinden – so der optimistische Ausblick. Momentan geht die Entwicklung in die

andere Richtung. Afrika verliert doppelt so hohe Einnahmen im Jahr durch die korrupte Geschäftspolitik, als es Einnahmen aus der internationalen Entwicklungshilfe erhält.

Als Ursachen werden genannt: Ausländische Firmen bekommen Steuerfreiheit und günstige Konditionen bei der Erschließung und Ausbeutung von Rohstoffvorkommen und schmieren die Machthabende Elite für ihr Entgegenkommen. Diese verzichtet auf neue Verhandlungen oder höhere Beteiligungen, auch wenn sich – was häufig passiert – Rohstoffreserven als größer erweisen, als anfängliche Schätzungen ergaben. Sie fürchten bei Neuverhandlungen, dass die Verträge bekannt werden und ihre private Bereicherung ans Licht kommt oder weitere Gruppen ebenfalls Zugang zum Rohstoffkuchen bekommen.

Auch offizielle Einnahmen aus den internationalen Rohstoffkooperationen landen nach dem Bericht zu häufig auf privaten Konten der jeweiligen Machtelite, oder werden einseitig im Staatshaushalt für das Militär und andere Macht erhaltende Klientel eingesetzt – statt für gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Bildung oder Gesundheit. Denn auf Steuereinnahmen oder demokratische Zustimmung sind die Eliten im bestehenden System nicht angewiesen.<sup>1</sup>

Nach wie vor gibt es in Afrika innerstaatliche Konflikte als langfristige Folge kolonialer



Protest gegen den Ölkonzern Shell in Nigeria.

Quelle: Amnesty International



Grenzziehungen und ethnisch oder religiös interpretierte neue Konflikte. Regierungen benachteiligen Regionen oder Ethnien, die ihre Machtergreifung nicht unterstützt haben. Dauerkonflikte sind die Folge zwischen Regierung und weiteren - benachteiligten traditionellen oder neuen Gruppen. Und noch immer gibt es klassische „Ein-Mann Diktaturen“ in Afrika, wie z.B. in Eritrea oder in Simbabwe, deren Herrscher mit Gewalt alle Kritiker unterdrücken. Aber im vergangenen Jahr gab es auch wieder größere zivilgesellschaftliche Proteste, zum Beispiel im Sudan. Diese, aber auch die Berichterstattung darüber oder Kritik an korrupten Systemen wird von den Nutznießern der bestehenden Verhältnisse oft mit Gewalt beantwortet.

### EIN WENIG HOFFNUNG FÜR DIE MEINUNGSFREIHEIT

Trotzdem ist die Lage der Meinungsfreiheit nicht überall schlecht in Afrika, sondern sehr unterschiedlich – wie die folgenden Beispiele zeigen.

Positives Beispiel ist Namibia. Es belegt im weltweiten Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ Platz 19. Der Zustand der Pressefreiheit wird als beinahe ebenso „gut“, wie z.B. in den skandinavischen Ländern bewertet.<sup>2</sup> Amnesty kritisierte in Namibia die Verhaftung von 7 Lehrern in Namibia, die im Oktober 2012 für bessere Bezahlung demonstriert hatten, als eine klare Verletzung der Versammlungsfreiheit. Vorfälle von Misshandlung oder Folter wurden aus Namibia jedoch nicht bekannt.<sup>3</sup>

„Zufriedenstellend“ bewertet „Reporter ohne Grenzen“ die

Situation für Medienmitarbeiter/innen z.B. in Ghana, Burkina-Faso und Südafrika.<sup>2</sup> Wobei in Südafrika im vergangenen Jahr ein Streik in einer Platinmine mit brutaler Polizeigewalt niedergeschlagen wurde.<sup>4</sup>

Am Beispiel von Mali zeigt sich, wie schnell sich eine „zufriedenstellende“ Situation verschlechtern kann, wenn der Staat in die Krise gerät.<sup>2</sup> Nach dem Militärputsch im Süden und den Auseinandersetzungen mit der Allianz von Tuareg und islamistischen Gruppen im Norden, die gegen Armut und Diskriminierung antraten, aber dann ebenfalls schwere Menschenrechtsverletzungen verübten, war es vorbei mit der Vorzeige-Demokratie.<sup>4</sup>

Mit dem Konfliktausbruch galt auch die Pressefreiheit nicht mehr viel. Unabhängige journalistische Arbeit wurde nun mit Zensur und Gewalt unterbunden. Sowohl in dem, von Rebellen kontrollierten Norden, als auch im Süden nach dem Putsch. Im World Press Freedom Index sank Mali daraufhin um 74 Ränge auf Platz 99.<sup>2</sup>

### GEFÄNGNIS ERITREA

Am schlechtesten sieht die Situation der Meinungsfreiheit in Eritrea aus. Hier ist die politische Lage stabil, aber auf repressivstem Niveau. Der amtierende Präsident Isaias Afewerki gilt als unverbesserlicher Diktator und unterdrückte in den 20 Jahren seiner Amtszeit seit der Unabhängigkeit jede Form abweichender Meinungsäußerung mit willkürlichen Massenverhaftungen. Ohne Anklagen und ohne Gerichtsverfahren und oft ohne Kontakte zu Angehörigen sitzen die Gefangenen Jahrelang in

Gefängnissen, manche seit der Unabhängigkeit 1993. Als 2001 und noch einmal 2013 Parteigenoss/innen der einzig erlaubten und regierenden Partei, eine demokratische Entwicklung anstrebten, wurden die Initiator/innen und teilweise ihre Familienangehörigen ebenfalls inhaftiert und gefoltert.<sup>5</sup>

Seit 2001 gibt es gar keine unabhängige Presse mehr in Eritrea, alle privaten Medien wurden geschlossen. Auch Journalist/innen der staatlichen Medien, kommen immer wieder ins Gefängnis. Zu Recht belegt Eritrea im weltweiten Vergleich der Pressefreiheit seit Jahren den allerletzten Platz. Die Pressefreiheit ist dort nicht in ernster Gefahr, sondern schlicht weg nicht mehr existent.

Derzeit sind mindestens 30 Medienmitarbeiter/innen in Eritrea in Haft – mehr als in jedem anderen afrikanischen Staat. Reporter ohne Grenzen erfuhr von 7 Journalist/innen, die seit 2001 in der Haft starben.<sup>2</sup> Sie sind nicht alleine. Amnesty geht von insgesamt 10.000 politischen Gefangenen aus und unzähligen Todesfällen in Haft unter Afewerkis Regime.

Mit jüngsten Befragungen von Ex-Häftlingen belegte Amnesty, dass in Eritrea bereits die „normalen“ Haftbedingungen den Tatbestand unmenschlicher und grausamer Behandlung erfüllen. Häftlinge werden häufig in schnell ausgehobenen Zellen unter der Erde oder in Schiffscontainern untergebracht und leiden darin unter extremer Hitze tagsüber und nachts unter der Kälte im Wüstenklima. Die einzelnen Zellen sind überfüllt - so dass oft nur Platz zum Stehen





bleibt. Sanitäre Anlagen und sauberes Trinkwasser sind Mangelware. Infektionskrankheiten, die durch einfache Hygienemaßnahmen vermeidbar wären, häufen sich. Folter wird systematisch eingesetzt, um Gefangene zu bestrafen. Üblich sind Tagelange Fesselungen in unbequemer Position und zum Teil ungeschützt im Freien unter der Wüstensonne und auf heißem Boden – diese Tortur führt zu schweren Verbrennungen und immer wieder zum Tod. Schläge und Peitschenhiebe sind „normale“ Disziplinierungsmaßnahmen, Frauen werden häufig Opfer von Vergewaltigungen. Gefangene wissen nicht, wie lange sie in Haft bleiben. Angehörigen erfahren nur selten, wo sie sind, oder ob sie überhaupt noch leben.

Am Extrembeispiel Eritrea wird am deutlichsten, wie ein repressives Regime mit willkürlichen und massenhaften Verhaftungen, systematischen Misshand-

lungen und Folter bis zum Tod, die Meinungsfreiheit in Politik und Zivilgesellschaft bereits im Keim erstickt.<sup>5, 6, 7</sup>

### WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN WERDEN ÜBER MENSCHENRECHTE GESTELLT

Ausländische Investoren und Anleger in Eritrea interessieren sich offenbar nur dann für Menschenrechtsbelange, wenn es die Geschäftsaktivitäten betrifft. Mit Bedauern vermerkte die Anlegerseite Goldinvest im Jahr 2011, dass ein drohendes UN-Embargo (nicht wegen der Menschenrechtslage, sondern wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Unterstützung somalischer Gruppen, die als terroristisch eingestuft wurden), ausländische Bergbaufirmen aus Eritrea verbannen könnte und nennt Nevsun Resources aus Kanada, die dort seit 2008 eine Gold- und Kupfermine betreibt und die australische Firma Chalice Gold Mines, die gerade Explorationsli-

zenzen erhalten hatte, als mögliche Verlierer. Für die Anleger hoffte der Autor des Beitrags auf ein Veto von Russland und China im Sicherheitsrat.<sup>13</sup>

Auf der aktuellen Firmenseite von Nevsun Resources, Kanada, wird Eritrea als „abenteuerlicher, aber gut erschlossener Standort mit Hafen am Roten Meer“ beschrieben und ein UN-Embargo erwähnt, dass die Goldmine von Nevsun Resources in Eritrea jedoch nicht betreffe. Die eritreische Politik wird als stabiles „Einparteiensystem ohne Korruption“ lobend erwähnt.<sup>14</sup>

Ebenfalls schlecht, aber nicht so hoffnungslos, sieht die Lage der Meinungsfreiheit in Somalia und im Sudan aus. In beiden Staaten gibt es seit Jahren Kämpfe zwischen Rebellengruppen und der jeweiligen Regierungsarmee. internationale Truppen der Afrikanischen Union und UN, die in den Ländern als Beobachter stationiert sind, oder Kampfhandlungen unterbinden sollen, konnten daran nichts ändern.<sup>8, 9</sup>

### TODESFALLE SOMALIA

In Somalia starben im vergangenen Jahr 18 Medienmitarbeiter/innen bei Kampfhandlungen und durch gezielte Morde. Nur in Syrien gab es vergangenes Jahr noch mehr tote Journalist/innen.<sup>2</sup> In diesem Jahr ermordeten Unbekannte zwischen Januar und Juli bereits fünf Journalisten, nach Informationen der internationalen Mediengewerkschaft „International Federation of Journalists“.<sup>10</sup>

In Somalia gab es 2013 auch einen Erfolg. Nach einer Eilaktion von Amnesty, wurde der Jour-



Flüchtlingslager in Darfur.

Quelle: Amnesty International



nalist Abdiaziz Abdnur Ibrahim im März diesen Jahres vom Obersten Gerichtshof gehört und freigesprochen. Am Jahresanfang hatte er eine Frau interviewt, die ihm von Vergewaltigung durch Regierungssoldaten berichtete. Beide wurden festgenommen, noch bevor das Interview veröffentlicht wurde, unter anderem wegen „Beleidigung einer staatlichen Institution“. Mittlerweile sind sie wieder frei.<sup>11</sup>

Im Sudan verbot Staatspräsident Omar Hassan Ahmed al-Bashir im vergangenen Jahr mehrere unabhängige Medien und ließ Journalisten verhaften.<sup>2</sup> Eine Demonstrationswelle gegen Preissteigerung und für mehr Demokratie in der Hauptstadt Khartoum und weiteren größeren Städten beantwortete das Regime mit brutaler Polizeigewalt und scharfer Munition – es gab etliche Verletzte und Tote.

Danach verhaftete der Geheimdienst Landesweit „Sympathisanten“ der Demonstrierenden und misshandelte und folterte

sie, um laut Berichten von Betroffenen Informationen zu erpressen. Von Misshandlung und Folter häufig betroffen sind Mitglieder der verbotenen sudanesischen Volksbefreiungsbewegung Nord.<sup>8</sup> Im Mai diesen Jahres wurde die sudanesischen Anwältin und Menschenrechtlerin Asma Ahmed verhaftet und wird seitdem ohne Kontakt zur Außenwelt fest gehalten. Sie wurde gleich doppelt zum Ziel – als Mitglied der verbotenen Volksbefreiungsbewegung und weil sie politische Gefangene vor Gericht verteidigte.<sup>12</sup>

Seit 2009 liegt vom Internationalen Strafgerichtshof ein Haftbefehl gegen das Staatsoberhaupt Omar al-Bashir vor, wegen vorangegangener Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur, den die sudanesischen Regierung und Omar al-Bashir bislang ignorieren. In Darfur und in den Regionen nahe der Grenze zum Südsudan, Nuba Mountains und Blue Nile, wird die Zivilbevölkerung weiterhin mit Bombardements terrorisiert und vertrieben.

Nationale und internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen bekommen offiziell keinen Zugang mehr in die südlichen Konfliktregionen. Beide Konfliktregionen sind reich an Edelmetallvorkommen. In beiden Gebieten wurden außerdem Erdölvorkommen entdeckt. Mit der Unabhängigkeit von Südsudan verlor die sudanesischen Regierung die direkte Kontrolle über die Erdölvorkommen in Südsudan, verdient aber an den Transportgebühren durch sein Gebiet ans Meer.

China ist der größte Investor im Sudan und in großem Stil mit Ölförderung und Edelmetallminen beteiligt – auch in Darfur. Französische und britische Firmen sind ebenfalls im sudanesischen Rohstoffsektor aktiv. Amerikanische Firmen zogen sich „aus dem Hafen des Terrors“ mit einem Embargo zurück, nicht wegen der Menschenrechtssituation, sondern weil Sudan zeitweise den flüchtigen Osama bin Laden im Land duldet und nach wie vor als „Terrorstaat“ eingestuft wird. ■

## QUELLEN

<sup>1</sup> <http://www.africaprogresspanel.org/index.php?cID=959>

<sup>2</sup> World Press Freedom Index 2013: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2013,1054.html>

<sup>3</sup> <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/namibia>

<sup>4</sup> <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/afrika>

<sup>5</sup> Eritrea: 20 years of independence but still no freedom. AI Publications 2013, Index: AFR 64/001/2013 (<http://www.amnesty.org/en/library/asset/AFR64/001/2013/en/64b58cdf-a431-499c-9830-f4d66542c8da/af640012013en.pdf>)

<sup>6</sup> <http://www.amnesty.org/en/news/torture-eritrea-every-night-you-hear-shouts-and-cries-people-being-beaten-2013-06-02>

<sup>7</sup> <http://www.amnesty.org/en/news/eritrea-rampant-repression-20-years-after-independence-2013-05-09>

<sup>8</sup> <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/Sudan>

<sup>9</sup> <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/Somalia>

<sup>10</sup> <http://africa.ifj.org/en/articles/ifj-condemns-cold-blooded-murder-of-somali-journalist>

<sup>11</sup> <http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-009-2013-4/journalist-nicht-mehr-unter-anlage>

<sup>12</sup> Urgent Action: UA-118/2013, Index: AFR 54/010/2013, 10. Mai 2013

<sup>13</sup> <http://www.goldinvest.de/index.php/eritrea-bergbausektor-in-gefahr-22525>

<sup>14</sup> <http://www.nevsun.com/projects/eritrea/>





# INSZENIERTE BEDROHUNG

## INTERVIEW MIT DR. MAJA BÄCHLER ÜBER DEN AUSNAHMEZUSTAND IM FILM

von Christine SCHOENMAKERS

Die Berliner Politologin und Historikerin Maja Bächler hat ein Buch über Folter im US-amerikanischen Film geschrieben. Darin stellt sie die These auf, dass Hollywood insbesondere seit dem 11. September 2001 den Ausnahmezustand propagiere, um den Krieg gegen den Terrorismus als notwendig und gerecht darzustellen. Insgesamt sei im Zeitalter der Globalisierung eine zunehmende Veralltäglichere der Gewalt zu konstatieren, die sich an den krassen Folterszenen im Film besonders deutlich zeige und die das absolute Folterverbot mehr und mehr in Frage stellen.

### Welche Filme haben Sie in Ihrer Studie untersucht?

Insgesamt habe ich mir 80 Filme angeschaut, davon aber letztlich nur acht in die Analyse einbezogen. Darunter sind Titel wie „Rendition“, „Body of Lies“ oder etwa „Syriana“. Untersucht habe ich den Erscheinungszeitraum 1979 bis 2009. Ab den 1980er Jahren ändert sich das weltpolitische Gleichgewicht. Die Sowjetunion wird von den USA nicht mehr so wie noch in den 50er bis 70er Jahren als Bedrohung wahrgenommen.

Gleichzeitig rücken neue Feindbilder in den Mittelpunkt. Diese sind zunächst sehr diffus, jedoch ist ab dem Ersten Golfkrieg ein verstärkter Trend zum Anti-Orientalismus nachweisbar. Nach dem 11. September 2001 intensiviert sich dieses Feindbild zusehends. Das spiegelt sich auch in den Filmen wider.

### Nach welchen Kriterien haben Sie die Filme ausgewählt?

Es wurden nur Kriegs- und Terrorismusfilme berücksichtigt, in denen eine Folterszene vorkommt. Dabei ging es mir vorrangig um die in der Handlung als Gegenspieler inszenierten Figuren. Klassischerweise ist

dies die Gegenüberstellung eines US-amerikanischen Parts mit spezifischen Eigenschaften – männlich, weiße Hautfarbe und heterosexuelle Orientierung – mit einem eher diffus gezeichneten islamisch-orientalischen Widersacher.

Interessiert hat mich, wie sich die Rollenkonnotation ändert, je nach dem in welcher Rolle sich jeweils der US-Amerikaner bzw. sein islamisch-arabisch markiertes Gegenüber befinden.

### Wo verlaufen im Film die Grenzen zwischen Freund und Feind, Held und Unhold?

Typischerweise wird der ‚weiße‘ US-Amerikaner als Held stilisiert, der in einem quasi christlichen Märtyrertum für seine Nation Opfer bringt. Dabei ist er Opfer in jeder Hinsicht: Indem er zum einen selbst der Folter unterliegt oder andererseits Folter anwendet. Aber – und das ist wichtig: Er ist Folterer wider Willen. Er tut es für den Schutz seiner Heimat.

Die Inszenierung dieses Helden ist immer verknüpft mit einem Leidensweg, nicht nur seinem eigenen, sondern dem der ganzen Nation. Deshalb steht dem Helden meist eine Gruppe an

Verbündeten bei, die von ihm angeführt werden und als Repräsentanten der unterschiedlichen Ethnien innerhalb der amerikanischen Gesellschaft fungieren. Der arabische Gegenpart ist so ziemlich das Gegenteil davon.

### Wie wird Folter im Film inszeniert? Welche künstlerischen Mittel bedienen sich die Regisseure?

Die Darstellung der Folter unterscheidet sich je nachdem wer Opfer oder Täter ist. Ist der US-Amerikaner Folteropfer, so wird sein Martyrium durch Großaufnahmen und eine subjektive Kamera auf den Leidenden überhöht. Diese Szenen sollen Empathie bei den Zuschauer/innen wecken und zur Identifikation einladen.

Auch fällt die Detailtreue auf. Man sieht sehr genau, was während der Folterungen passiert. Demgegenüber ist das arabische Folteropfer immer nackt und entmenschlicht aus der Distanz dargestellt. Die Folterungen passieren dabei grundsätzlich nicht auf US-amerikanischen Boden, die Szenen bleiben sehr diffus. Als Zuschauer/in hat man so das Gefühl, die hier angewandte Folter könne ja nicht so schlimm sein...





Dr. Maja Bächler

Quelle: privat

Zuletzt erscheint banal, dass der US-amerikanische Part in allen Filmen von prominenten Hollywoodschauspielern gespielt wird, die das Publikum kennt und liebt. Die Rolle des Arabers dagegen ist zumeist mit unbekanntem Schauspielern besetzt, die allein dem Phänotyp entsprechen.

### **Was macht den im Film dargestellten Ausnahmezustand aus? Mit welchen Argumenten wird er begründet?**

Prinzipiell werden durch die Folterszenen im Film Bedrohungsszenarien, insbesondere durch Terrorismus, geschaffen und aufgegriffen. Das Publikum wird in eine permanente Alarmbereitschaft versetzt und der Krieg gegen den Terrorismus als notwendig gerechtfertigt. Dabei wird die Bedrohung meist übertrieben, damit klar wird, dass westliche Werte auch am Persischen Golf oder am Hindukusch verteidigt werden müssen.

Doch heißt das nicht, dass diese Filme als bloße Propaganda aufzufassen sind – ich glaube auch nicht, dass so etwas heute noch bei den Zuschauer/innen funktionieren würde. Was man aber sagen kann, ist, dass die

Filme das, was als Ausnahmezustand gelten sollte, als ‚normalen‘ Zustand inszenieren.

Dazu dienen auch die Einbindung von Dokumentarszenen aus den Golfkriegen sowie die Anlehnung an Bilder aus Abu Ghraib oder an Internetveröffentlichungen von Hinrichtungen zur Unterstreichung der Authentizität der erzählten Geschichte. Die Zuschauer/innen können somit eine direkte Verknüpfung zwischen dem Film und dem, was sie aus den täglichen Nachrichten kennen, herstellen.

### **Welchem Zweck dienen die doch recht krassen Szenen oder fallen sie unter die künstlerische Freiheit?**

Folter ist etwas, das man als Zuschauer/in in den überwiegenden Fällen nicht aus eigener Erfahrung kennt. Die Filme machen Folter daher nicht nur erfahrbar, sondern stellen sie in einen bestimmten Kontext, liefern gleichzeitig die Gründe ihrer Anwendung.

Ein Beispiel dafür ist das Motiv der Folterer: Die US-Amerikaner foltern, um etwas herauszufinden, das für den Schutz der Nation wesentlich sein kann. Man macht also einen schmutzigen Job als Dienst am Gemeinwohl. Die in den Filmen dargestellten Araber hingegen, so suggerieren die Geschichten, foltern allein aus Spaß und Rache. Nur selten wird dieses Bild durchbrochen. Die Zuschauer/innen erhalten Einblick in den sonst geheimen Raum der Folter und werden damit zu Zeugen und Mitwissern des Geschehens.

### **Ist die Darstellung von Folter in den von Ihnen untersuchten**

### **Filmen ein kultureller Tabubruch?**

Folterszenen sind eingebettet in ein Narrativ. Durch bestimmte Stilmittel wird ihnen zudem die Wucht genommen: Durch häppchenweise Portionierung oder einer parallel erzählten Geschichte, die die Gründe für die Folter liefert oder von der wahrscheinlichen Rettung des (US-amerikanischen) Folteropfers handelt. Ich glaube jedoch nicht, dass die Darstellungen ein kultureller Tabubruch sind. Westliche Gesellschaften sind eher an Gewaltdarstellungen gewöhnt, als beispielsweise an das Zeigen von Sexszenen. Bei bestimmten Folterszenen – wie beispielsweise dem Ausreißen von Fingernägeln in „Syriana“ – schauen bei Vorträgen allerdings die meisten Menschen weg.

### **Gibt es Möglichkeiten herauszufinden, wie das Publikum auf solche Szenen reagiert? Was machen die Folterszenen mit den Zuschauer/innen?**

Über die Wirkung beim Publikum kann ich nur Vermutungen anstellen. Der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang ist zu komplex und funktioniert bei jedem Zuschauenden anders. Ich kann für mich sagen, dass ich die Szenen nicht mehr sehen mag.

Aber jeder produziert letztlich seinen eigenen Film im Kopf, die Aneignung funktioniert dabei sowohl auf persönlicher Ebene als auch im Austausch mit anderen. In dem Film „Zero Dark Thirty“, der nicht mehr in meinem Buch besprochen werden konnte, nimmt die Folterszene keine herausragende Stellung mehr ein – sie ist zum Teil des beinahe bürokratischen Ermitt-





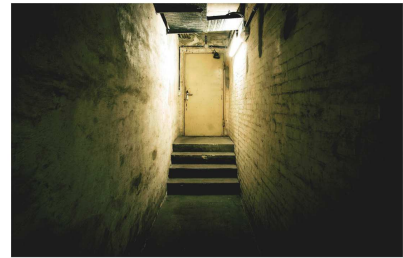
lungsalldtags geworden. Ich vermute, dass dieser Prozess, der in den Filmen erkennbar ist, auch auf die Zuschauenden wirkt: Folter als Ausnahme wird veralltäglicht und damit normal.

**Wird ein folterkritischer Diskurs auch und gerade in ‚massentauglichen‘ Hollywood-Filmen aufgegriffen bzw. wie kann das Medium auf dem Gebiet des Menschenrechtsschutzes ein Bewusstsein schaffen?**

Ich bin mir nicht sicher, ob Hollywood das tatsächlich leisten kann. Es gibt sicherlich einige Filme, die dezidiert versuchen, sich gegen Folter zu positionieren und durchaus kritisch zu sein. Dennoch sind auch sie zum

einen einer Selbstregulierung durch die Filmindustrie unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit unterworfen. Zum anderen müssen sie Themen aktueller gesellschaftlicher Diskurse aufgreifen, was dazu führt, dass sie gerade bei Folterdarstellungen in einer bestimmten Weise dem Voyeurismus und der Veralltäglichung Vorschub leisten. Im Moment der Gewöhnung an die Folter sehe ich jedoch die Gefahr, dass dabei das absolute Folterverbot der UN-Konventionen zur Diskussion gestellt und die universale Gültigkeit der Menschenwürde relativiert wird.

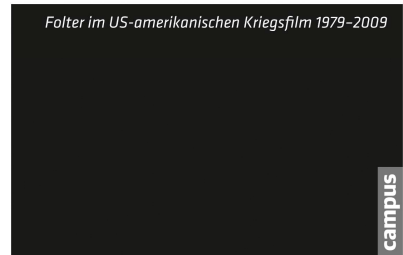
**Frau Bächler, herzlichen Dank für das Gespräch. ■**



Maja Bächler

**INSZENIERTE BEDROHUNG**

Folter im US-amerikanischen Kriegsfilm 1979-2009



Das Buch „Inszenierte Bedrohung. Folter im US-amerikanischen Kriegsfilm 1979-2009“ ist 2013 im Campus-Verlag erschienen.

Quelle: Campus-Verlag

**MITGEDACHTE SCHERE IM KOPF**  
**SHARIAR MANDANIPUR: EINE IRANISCHE LIEBESGESCHICHTE ZENSIEREN**

von Sarah SCHIEBL

Sara und Dara sollen nach dem Willen ihres Erfinders eine glückliche Liebesgeschichte miteinander erleben. Eine heitere Erzählung schwebt dem Autor vor, endlich ohne Tragik und Düsternis. Was für manche Autoren nahezu eine Fingerübung sein mag, ist für den Erzähler in Mandanipurs „Eine iranische Liebesgeschichte zensieren“ ein ständig vom Scheitern bedrohtes Unterfangen, denn er lebt im Iran und möchte sein Buch dort auch erscheinen lassen.

In Iran ist es zwar erlaubt, alle möglichen Zeitschriften und Bücher jedes erdenklichen Inhalts zu drucken – nicht unbedingt jedoch, sie zu vertreiben. Wenn den Zensoren die Moral mancher Wörter, Sätze oder Ab-

sätze nicht gefällt, müssen sie weichen, oder das Buch erhält keine Vertriebslaubnis. Unter diesen Umständen muss die Schere im Kopf schon vorher kräftig geschliffen werden. Wo ein Wort wie „Tanz“ verdächtige Assoziationen weckt, ist die Begegnung zweier junger Verliebter nahezu ein Skandal.

Sara und Dara müssen phantasievoll und mutig sein, um miteinander sprechen und sich treffen zu können. Und dann hat ihre Liebe auch noch wenig Zukunft: während Dara nach Gefängnis und Verweis von der Universität sein Dasein als Anstreicher fristet, versuchen Saras Eltern ihre Tochter reich zu verheiraten, um der Armut zu entkommen.

Mandanipur erzählt jedoch nicht einfach nur seine moralisch einwandfreie Liebesgeschichte, sondern protokolliert den Entstehungsprozess der Erzählung mit, seinen inneren Widerstreit mit dem Zensor, den er Herrn Petrowitsch nennt, sein Ringen nach unverfänglichen Worten, die undruckbaren Absätze.

Folgerichtig wechselt das Schriftbild des Romans ständig: zwischen den Gedanken des Autors und der zu zensierenden Geschichte. Immer wieder sind Wörter durchgestrichen und ersetzt, und man beginnt zu ahnen, wie diese ständige und kollektive Selbstkorrektur den kulturellen Reichtum Irans schon jetzt unersetzlich geschmälert hat. Quasi als Kontrast dazu





führt Mandanipur den unkundigen Leser in die reiche erotische Dichtung Persiens ein, was den Verlust noch drastischer macht.

„Eine iranische Liebesgeschichte zensieren“ ist trotzdem keine Anklage des iranischen Staates, sondern eine Führung durch das iranische Volk. Das Buch beschreibt die Trennung der Geschlechter, den Kopftuchzwang, die Beschneidung der Kunst, die Armut, Studentenunruhen, politische Haft, Folter und Isolation, und es beschreibt gleichzeitig, wie all dies eingebettet wurde in ein scheinbar ganz normales Le-

ben. Indem Mandanipur erzählt, wie all das für uns Undenkbare alltäglich geworden ist, beschreibt er uns zugleich die Schwierigkeit, die Barrieren in den Köpfen zu überwinden.

Trotz des Mutes und der Erfindungskraft, die Sara und Dara aufbringen, scheitert der Roman letztendlich an der Realität: „Eine iranische Liebesgeschichte zensieren“ ist im Iran nicht erschienen. Und so bleibt am Ende das merkwürdige Gefühl zurück, eine Geschichte gelesen zu haben, von der ihre Akteure nichts wissen. ■

Der Roman „Eine iranische Liebesgeschichte zensieren“ von Shahrar Mandanipur ist 2010 im Unionsverlag erschienen.

## MEINUNGSFREIHEIT IST EIN RARES GUT DIESE GEDENKTAGE SOLLTEN SIE SICH DAHER IM KALENDER ROT ANSTREICHEN:

### 12. MÄRZ – WELTAG GEGEN INTERNETZENSUR

Laut der Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) bleibt jedem dritten Internetnutzer weltweit der Zugang zu einem freien Netz verwehrt. ROG hat daher diesen Tag ins Leben gerufen, um an die in vielen Staaten betriebene übermäßige Überwachung und Verfolgung von Internetnutzern und Bloggern aufmerksam zu machen. Circa 60 Staaten zählt die Organisation auf, die derzeit aktiv massiv das Internet zensieren und damit die Meinungsfreiheit ihrer Bürger im Netz einschränken. Immer wieder kommt es zu Inhaftierungen von Online-Aktivisten, aber auch von normalen Nutzern, die wegen politisch unerwünschter öffentlicher Äußerungen im Internet mit dem Staat in Konflikt geraten. Jedes Jahr gibt ROG kurz vor dem 12. März einen Bericht zur aktuellen Lage der Meinungsfreiheit und Internetzensur weltweit heraus.

### 3. MAI – INTERNATIONALER TAG DER PRESSEFREIHEIT

Seit die UNESCO diesen Gedenktag im Jahr 1994 eingerichtet hat, wird jährlich am 3. Mai auf die Verletzungen der Pressefreiheit sowie auf die grundlegende Bedeutung freier Berichterstattung für die Existenz von Demokratien aufmerksam gemacht. Der 3. Mai steht dabei für den Jahrestag der Erklärung von Windhuk, die 1991 von afrikanischen Journalisten ausgearbeitet wurde. In der Grundsatzerklärung forderten die Verfasser die Schaffung freier und unabhängiger Medien auf dem afrikanischen Kontinent und weltweit. Daher bezieht der Gedenktag auch die für die Pressefreiheit gebrachten Opfer mit ein und soll die Staatenregierungen ermahnen und drängen, ihren Bürgern dieses Grundrecht zu gewähren. In vielen Ländern werden aber immer noch kritische Journalisten massiv in ihrer Arbeit eingeschränkt und eingeschüchert. Der 3. Mai möchte daher auch und vor allem ein Statement sein für das Recht, frei und ohne Angst berichten zu können. Die UNESCO verleiht an diesem Tag jährlich den Guillermo Cano-Preis für besondere Verdienste um die Pressefreiheit.





## 15. NOVEMBER – TAG DES SCHRIFTSTELLERS IM GEFÄNGNIS

Mit dem Tag des Schriftstellers im Gefängnis erinnert das internationale „Writers in Prison“-Komitee des Welt-schriftstellerverbands PEN seit 1981 an aus politischen Gründen getötete oder verfolgte Autoren. Das Komitee, gegründet 1960, dokumentiert, ähnlich wie Amnesty International, viele Einzelschicksale. Mit Kampagnen setzt es sich für Schriftsteller, Journalisten und Verleger ein, die durch ihr friedliches Engagement für Presse- und Meinungsfreiheit sowie gegen Zensur durch staatliche Behörden unter Druck gesetzt und mundtot gemacht wurden. Jährlich am 15. November veranstalten viele der regionalen PEN-Zentren weltweit Lesungen zu Ehren der Autoren, die für die Freiheit des Wortes Opfer gebracht haben.

### Weiterlesen:

<http://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung-im-detail/artikel/welttag-gegen-internetzensur-zehn-staaten-auf-der-liste-der-feinde-des-internets-frankreich-als/>

<http://www.unesco.de/pressefreiheit.html?&L=0>

<http://www.pen-deutschland.de/de/themen/writers-in-prison/>

<http://www.amnesty-meinungsfreiheit.de/index.php/Main/MeinungsfreiheitGedenktage>

## BERICHTE UND AKTIONEN

### HOCHKARÄTIGE PODIUMSDISKUSSION AN DER FREIEN UNIVERSITÄT ÜBER DAS „OPCAT“

von Christine SCHOENMAKERS

#### WIE ERNST MEINT ES DEUTSCHLAND MIT DER FOLTERPRÄVENTION?

Das Thema keine leichte Kost, das Wetter für Anfang Juni dann doch noch recht schön und eine vergleichsweise hohe Dichte an attraktiven Alternativveranstaltungen – trotz dieser eher schwierigen Faktoren fanden am **3. Juni 2013** gut vierzig Teilnehmer den Weg in den Hörsaal 2 der Freien Universität Berlin, wo die Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter eine Podiumsdiskussion zum Thema „OPCAT“ veranstaltete.

Unter der Fragestellung „Wie ernst meint es Deutschland mit der Folterprävention?“ diskutierte das hochkarätig besetzte Podium knapp zwei Stunden über die bisherige Umsetzung

des Fakultativprotokolls zur UN-Antifolterkonvention (OPCAT).

Der Völkerrechtler und emeritierte Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin Dr. Dr. h. c. **Christian Tomuschat** verwies in einem Eingangsstatement zunächst darauf, welch riesiger Schritt nach vorn das OPCAT darstelle. „Vorher gab es nur freiwillige Präventionsmechanismen“, so der Jurist, „nach denen ein Land, in dem mutmaßlich gefoltert wird, erst zustimmen musste, bevor ein Besuch einer unabhängigen Prüfungskommission überhaupt möglich war.“

#### DEM PAPIERTIGER ZÄHNE GEBEN

Die Staaten, die das OPCAT ratifiziert haben, verpflichten

sich nun zur Folterprävention. „Das OPCAT ist ein Glücksfall!“, betont Tomuschat. „Es ist nicht-selbstverständlich. Nun müssen wir dem Papiertiger nur noch Zähne geben.“

Die Zähne, die es bräuchte, um wirksam zu werden, hat das OPCAT längst nicht in allen Beitrittsländern. So sieht es unter anderen die Einrichtung von nationalen Stellen vor, die überall dort, wo Menschen die Freiheit entzogen wird, Besuche zur Verhütung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe durchführen.

Doch gerade Deutschland hinkt hier hinterher, meint Dr. **Petra Follmar-Otto** vom Deutschen Institut für Menschenrechte in





v.l.n.r.: Klaus Lange-Lehngut, Petra Vollmar-Otto, Christian Tomuschat, Sabine Breyer, Christoph Strässer  
Quelle: Amnesty International

Berlin: „Es gibt Handlungsbedarf zur Folterprävention auch hier in Deutschland“, sagt sie. „Doch die hier eingerichtete Nationale Stelle unterliegt erheblichen Defiziten. Mit der geringschätzigen und halbherzigen Umsetzung der OPCAT-Bestimmungen gefährdet und unterläuft Deutschland die Wirksamkeit dieses Präventionsmechanismus und ist ein schlechtes Vorbild für andere Staaten, die es in Sachen Folterverhütung ebenso lax sehen.“

#### NATIONALE STELLE ZUR VERHÜTUNG VON FOLTER

Deutschland hat das Fakultativprotokoll erst 2008 ratifiziert und umgesetzt. Es wurde die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter geschaffen, die die freiheitsentziehenden Einrichtungen besuchen soll. Dazu zählen neben Justizvollzugsanstalten, Polizeigewahrsam, Untersuchungs- und Abschiebehaf, aber auch geschlossene Psychatrien

und bestimmte Einrichtungen für Minderjährige und ältere Menschen.

„Seitdem wir 2009 unsere Arbeit aufgenommen haben, konnten wir bislang keine Anzeichen von Folter erkennen“, sagt Klaus Lange-Lehngut, der ehrenamtliche Leiter der Nationalen Stelle. Wohl habe man aber „nicht hinnehmbare Missstände“ in einigen der bislang besuchten Einrichtungen festgestellt. Von einer wirksamen Kontrolle und Prävention möchte Lange-Lehngut jedoch nicht sprechen.

Dafür sind der Personalmangel und die fehlenden Mittel zu eklatant: Fünf ehrenamtliche Mitglieder und Mittel für vier weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reichen nicht annähernd aus, die rund 13.000 freiheitsentziehenden Einrichtungen, die es in Deutschland gibt, zu kontrollieren. „Follow-Up Besuche sind so, hochgerechnet, erst nach 30 Jahren möglich.“

#### EINE INSGESAMT BESCHÄMENDE SITUATION FÜR DEUTSCHLAND,

meint auch Christoph Strässer, MdB der SPD. „Bei einem Gesamtetat von 300.000 Euro pro Jahr kann man keine auch nur halbwegs ordentliche Prävention auf die Beine stellen.“ Verglichen mit der Nationalen Stelle in Frankreich, bei der über 45 Mitarbeiter tätig sind oder denjenigen in Österreich und der Schweiz, die über einen bis zu zehnmal größeren Mittelhaushalt verfügen, sei die Umsetzung des OPCAT in Bezug auf die Ausstattung der sachverständigen Prüfer in Deutschland mangelhaft.

„Zudem fehlt eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Thema“, so Strässer. Er erlebe es immer wieder, dass, wenn er von Folterprävention auch (und gerade) in Deutschland spräche, sofort Widerstand aufgebaut werde. „Ich sage damit nicht, dass in Deutschland systematisch gefoltert wird. Ich sage nur, dass es bei uns auch nicht nur gute Nachrichten gibt.“

Konkret bezieht er sich auf die übermäßige Polizeigewalt im Kontext mit Festnahmen, Untersuchungs- und Abschiebehaf, aber auch die immer größer werdende Gewalt unter Häftlingen in den Justizvollzugsanstalten. Mitunter fange es aber schon damit an, dass in Pflegeheimen ältere Menschen gegen ihren Willen fixiert werden. „Jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung.“

Dass es noch einiges zu tun gibt, da war sich das Podium sicher. Solange die Missstände nicht behoben sind, ist ein wirksamer Schutz vor Folter auch in Deutschland nicht gewährleistet.





„Dabei sind ja gerade die Verfahren, bei denen sich eine unabhängige Kommission an Ort und Stelle ein Bild von den Bedingungen macht, die besten Menschenrechtssicherungsverfahren“, weiß Professor Tomuschat.

Vielleicht ist den Defiziten nur mit einer volkswirtschaftlichen Aufrechnung beizukommen, so Follmar-Otto. „Man müsste mal aufrechnen, was eine unterlassene Folterprävention den Staatshaushalt bislang gekostet hat und das gegen die 300.000 Euro gegenrechnen.“ Solange sich jedoch nichts ändert, bleibt die Umsetzung des OPCAT auch weiterhin ein wichtiges Thema bei Amnesty. ■

**WEITERLESEN**

Webseite des Deutschen Instituts für Menschenrechte: [www.institut-fuer-menschenrechte.de/](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/)

Jahresberichte der Nationalen Stelle: <http://www.nationale-stelle.de/jahresberichte.html>

Wie ernst meint es Deutschland mit der Folterprävention?

**OPCAT**  
Podiumsdiskussion

Freie Universität Berlin  
Montag, 3. Juni 2013, 18:00 Uhr

**AMNESTY INTERNATIONAL**

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

**IMPRESSUM**



**HERAUSGEBER:** Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter, deutsche Sektion von Amnesty International e.V., Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin

**ViSiP und Layout:** Christine Schoenmakers, Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter  
**BEZUG:** Amnesty International, Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter, 10115 Berlin

**SPENDEN:** Kontonummer 80 90 100, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00  
Verwendungszweck: Theko gegen Folter, Gruppe 2911



# Die Menschenrechte feiern Jubiläum...

...25 Ausgaben „Rundbrief gegen die Folter“!

19. RUNDBRIEF GEGEN DIE FOLTER  
SEKTIONSKOORDINATIONSGRUPPE GEGEN DIE FOLTER  
EXTERN 01/09  
AMNESTY INTERNATIONAL

20. RUNDBRIEF GEGEN DIE FOLTER  
SEKTIONSKOORDINATIONSGRUPPE GEGEN DIE FOLTER  
EXTERN 02/09  
AMNESTY INTERNATIONAL

21. RUNDBRIEF GEGEN DIE FOLTER  
THEMENKOORDINATIONSGRUPPE GEGEN DIE FOLTER  
EXTERN 01/10  
AMNESTY INTERNATIONAL

**GUANTANAMO**  
22. RUNDBRIEF GEGEN DIE FOLTER  
THEMENKOORDINATIONSGRUPPE GEGEN DIE FOLTER  
EXTERN 01/11  
AMNESTY INTERNATIONAL

23. RUNDBRIEF GEGEN DIE FOLTER  
THEMENKOORDINATIONSGRUPPE GEGEN DIE FOLTER  
EXTERN 02/11  
AMNESTY INTERNATIONAL

24. RUNDBRIEF GEGEN DIE FOLTER  
THEMENKOORDINATIONSGRUPPE GEGEN DIE FOLTER  
EXTERN 01/12  
AMNESTY INTERNATIONAL

**DER „ARABISCHE FRÜHLING“**  
IST DIE CHANCE ZUM DEMOKRATISCHEN UMBRUCH VERGEBEN?

VORZEIGEDEMOKRATIE IN DER KRISE  
„ARABISCHER FRÜHLING“ IN BAHRAIN S. 3

NEUE QUALITÄT DER GRAUSAMKEIT  
SYRIEN: EIN LAND VERLIERT SEIN GEWISSEN S. 5



Der „Rundbrief gegen die Folter“ wird ein bis zweimal jährlich von der Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter von Amnesty International e.V. (Deutsche Sektion) herausgegeben.

Download unter: <http://www.amnesty-gegen-folter.de/Main/Dokumente>